

Erzgeb. Volksfreund

■ Tageblatt und Anzeigebladt ■

Telegramm-Adresse:
Volksfreund Schneeberg.

Berndreicher:
Schneeberg 10.
Aue 81
Schwarzenberg 19.

für die lgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustadt, Schneeberg bzw. Wildensels.

Nr. 189.

Der "Erzgeb. Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonne und Feiertagen. Abonnement monatlich 60 Pf.

Abonnement im Kreisblätteramt der Städte der 6. Kl. Zeitung 12 Pf., bezogen für auswärtige 16 Pf., im einzelnen Teil der Städte der 6. Kl. Zeitung 20 Pf., im Teil-Kreis 24 Pf.

Donnerstag, 15. August 1907.

60.
Jahrg.

Gesetzliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg
findet Montag, den 19. August 1907 von nachmittags 3 Uhr an im Saale des Ratskellers zu Grünhain statt
Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 5. August 1907.

Lößnitz. Im Anschluss an die diesjährige Nachrechnung finden demnächst Nachrevisions statt, ob alle beim Nachrechnungsgericht vom Eichungsbeamten für erforderlich erachteten Reparaturen an Mägen, Wagen, Gewichten und Meßwerkzeugen vorgenommen worden sind und sonstigen Anordnungen nachgekommen worden ist.

Diejenigen, bei denen unvorschriftsmäßige Maße pp. noch vorgefunden werden, haben gemäß § 369 Nr. 2 des Strafgesetzbuches Bestrafung mit Geld bis 100 Pf. oder Haft bis zu 4 Wochen sowie Einziehung der unvorschriftsmäßigen Gegenstände zu erwarten.

Lößnitz, den 13. August 1907.

Der Rat der Stadt.

Grünhain. Wegen Reinigung der Diensträume werden Freitag und Sonnabend, den 16. und 17. dieses Monats nur dringliche Sachen und Standesamtsgeschäfte vormittags von 11 bis 12 Uhr erledigt.

Grünhain, den 13. August 1907.

Der Bürgermeister.

Hartenstein. In Stelle des zum Brandversicherungsinspектор Herrn Brandversicherungs-Inspektortatsächsten Ludwig Albrecht Choulant in Zwiedau als Stellvertreter des bautechnischen Sachverständigen hierher Stadt in Pflicht genommen worden.

Baupolizeibehörde der Stadt Hartenstein, am 13. August 1907.

Gorberg, Bürgermeister.

Zentrum und Flottenpolitik.

Gelegentlich einer in Rheinbach abgehaltenen Versammlung von Mitgliedern der Zentrumspartei verbreitete sich der Zentrumsführer Abg. Dr. Spahn über die auswärtige und innerpolitische Lage. Von Interesse sind seine Ausführungen über unsere Flottenpolitik. Er äußerte sich darüber u. a. wie folgt:

Der Mehraufwand für die Flotte wird höher einzuschätzen sein, wenn wir die Entwicklung der Auslandsflotten berücksichtigen und für unsere Flotte verwerten. Unser Flottenplan ist allerdings gesetzlich festgelegt; das kann aber nicht verhindern, daß unter Beibehaltung der Zahl der Schiffe, in der Art des Baues der einzelnen Schiffe und in der Berechnung ihrer Lebensdauer auf Grund der bei anderen Staaten gemachten Erfahrungen Änderungen vorgenommen werden. Wir dürfen die Augen nicht verschließen vor der Gefechtsstärke, die andere Staaten ihren Schiffen geben. Man konnte eine Zeitslang im Zweifel darüber sein, was für eine Taktik in der Seeschlacht wichtiger sei, die größere Geschwindigkeit der Schiffe, oder die größere Gefechtsstärke. Bei den heutigen Wirkungen der Artillerie hat das an Gefechtsstärke den gegnerischen Schiff nachstehende Umlaufschiff für die Schlacht selbst dann einen vermindernden Wert, wenn es ihm an Geschwindigkeit überlegen ist; denn es wird zusammengetrieben, bevor es an den Feind herankommt. Die Gefechtsstärke der Schiffe erfordert großes Displacement, weil nur dadurch die Tragfähigkeit für die schweren Geschütze und die Nutze ihrer Bedienung gewährleistet wird. Nun hat Nordamerika Schiffe mit einem Tonnengehalt von 22 000 bis 23 000 Tonnen in Bau gegeben, die mit Ausrüstung und Geschützen gegen 40 Millionen Mark kosten. Wie werden diesem Vorgange bei unseren Neubauten folgen müssen. Unser Flottenbauplan beruht zwar darauf, daß die zu einem Geschwader gehörenden Schiffe an Größe, Gefechtsstärke und Geschwindigkeit annähernd gleich seien, dem gleichen Typ angehören. Wir dürfen daran nicht festhalten; für die neuen Schiffe muß ein Displacement von über 10000 Tonnen und eine Ausrüstung mit den schwersten Schiffskanonen gewählt werden. Das vergrößerte Displacement erfordert eine Erhöhung der Zahl der Schiffsbefestigung, die allerdings nicht erheblich sein wird. Folgen wir dem Vorgange anderer Staaten, so müssen wir auch die Lebensdauer der Umlaufschiffe von 20 auf 30 Jahre herabsetzen, was zu einer Beschleunigung der Umlaufbauten und dadurch zu einer weiteren Erhöhung der Kosten führt. Auch erhöhen sich die Kosten der Instandhaltung der Flotte in den nächsten Jahren dadurch, daß als Schulschiffe bald nur noch Dampfer, nicht mehr Segelschiffe verwendet werden. Tritt unsere Flotte in Aktion, so ist das Aktionsspiel hier nicht die Ostsee, sondern die Nordsee. Daraus ergibt

sich die Notwendigkeit zur Erweiterung unserer Seeanslagen in der Nordsee und an der Elbe.

Alles in allem — so schloß Abg. Dr. Spahn seine Rede — wird keine Überschätzung in der Annahme liegen, daß unsere Flotte eine jährliche Mehrausgabe von 40 Millionen Mark erfordert.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 13. August. (Für Begrüßung des Königs von England). Die "Nord. Allgem. Blg." widmet dem König von England einen Begrüßungsaufsatz, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird: „König Eduard trifft morgen früh auf Schloss Wilhelmshöhe ein, um einen Tag mit dem deutschen Kaiserpaar zu verbringen. Wir begrüßen diesen Besuch als ein besonders nach zwei Nächten willkommenes Ereignis. Er ergänzt in erfreulicher Weise die so erfreulich verlaufene Begegnung von Swinemünde und die bevorstehende Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser Franz Joseph in Döhl. In dieser Folge von Monarchenbegegnungen darf man eine Bekräftigung der friedlichen und ausgleichenden Tendenzen erblicken, welche in den Beziehungen der Nationen auf allen Seiten einzutreten scheinen. Soeben entspricht die Begegnung in Wilhelmshöhe auch den freundlichen Gesinnungen, die mehr und mehr in der Bevölkerung Deutschlands wie Englands wieder herrschen werden. Die uneigennützigen Bemühungen um die Stärkung und Vertiefung dieser Volksstimmung werden auf beiden Seiten durch das Beispiel der Monarchen eine Förderung erfahren. Indem wir den König von England auf deutschem Boden ehrenvollstest willkommen heißen, wünschen wir seinem Aufenthalt in Wilhelmshöhe, wie seiner weiteren Reise glücklichen Verlauf.“

Berlin, 13. August. (Die Fertigstellung des Reichsvertrags). Wie die "Deutsche Tageszeitung" meint, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, ob es gelingen wird, den Reichsvertrag so fröhlig fertigstellen zu können, daß er dem Reichstag schon bei seinem Zusammentritt wird vorliegen können. Sollte der Staat dem Parlament beim Zusammentritt zugehen, so werde es doch kaum möglich sein, die in Ausübung genommene organische Gesetzaufsetzung in ihm zu berücksichtigen, vielmehr würden die mit einer solchen verbundenen, sehr erheblichen Kosten in einem Nachtragsetat angesetzt werden müssen. Auch die Bevorstehende über die Steuerregelung des Wohnungsgesetzes ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden; müssen doch autor in allen Orten Deutschlands, in denen sich Reichsbeamte befinden, die Wohnungsoberhäupter festgestellt und mit einander verglichen werden. Auch diese Vorlage wird kaum vor November erledigt werden können.

Unterlagen-Kasse für die am Nachmittag eröffnete Räume bis Mittag 11 Uhr. Eine Bürgschaft für die nächstfolgende Nutzung der Räume an den vorbereiteten Tagen sowie an bestimmten Tagen nicht zu leisten, ebenso wird für die wichtigste, schließlich aufzunehmende Räume nicht garantiert. Kurzfristige Nutzungen nur gegen Herauszahlung. Hierzu sind eingeführte Betriebskosten nicht berücksichtigt.

Das Gemeindeamt Zschorlau

befindet sich auf die Dauer von ca. 3 Wochen
im Pittes'schen Neubau (hinter der Bretschneider-Mühle)

1. Treppe.

Morgen Donnerstag, den 15. d. J. bleiben die Expeditions-Räume für allen Verkehr geschlossen.

Zschorlau, den 14. August 1907.

Der Gemeindevorstand.
Hilbig.

Wegeöffnung im Johanngeorgenstädter Staatsforstrevier.

Wegen Wasserschüttung wird der von Oberjügel nach Steinbach führende öffentliche Weg innerhalb der Abteilungen 9, 10 und 21 vom 16.—31. d. J. für allen Fahrverkehr gesperrt.

Johanngeorgenstadt, den 12. August 1907.

Der Gutsvorsteher des Staatsforstreviers.

Gesetzliche Sitzung der Stadtverordneten zu Schneeberg

Freitag, den 16. August 1907, Abends 6 Uhr.

Berlin, 13. August. (Der Bau der Süderitzbahn.) Nach einer soeben eingetroffenen telegraphischen Nachricht ist in diesen Tagen die etwa 30 Kilometer lange Teilstrecke Schakalstuppe—Kuibis für Militärtransporte eröffnet worden. Das ist die wichtigste Etappe des Bahnbauens. Kuibis ist die erste wirklich reiche Wasserstation des Linien und wird im Stande sein, gleichzeitig die Bahnstrecke ihres Bereiches und die Zugtierherden der militärischen Fuhrwurfskolonne, die nunmehr bis auf weiteres in Kuibis ihr Hauptweideplatz einrichten werden, mit Wasser zu versorgen. Insgesamt sind von der Süderitzbahn rund 200 Kilometer in Betrieb, also bis Rietmannshoop noch etwa 160 Kilometer zu bauen.

Kassel, 13. August. Reichskanzler Fürst von Bülow ist heute morgen 8 Uhr in Kassel eingetroffen und hat sich alsbald nach dem Königlichen Schloss Wilhelmshöhe begeben, wo der Fürst auf Einladung des Kaisers Wohnung nimmt. Der Kaiser nahm vormittags einen längeren Vortrag des Reichskanzlers entgegen, hörte den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts Generaladjutanten Grafen von Hülsen-Hänsler und folgte mittags einer Einladung des Kommandierenden Generals Herzog Albrecht von Württemberg zur Tafel. Fürst Radolin, der den gestrigen Tag in Nordeuropa verbrachte und dort mit dem Reichskanzler eine längere Unterredung hatte, ist ebenfalls in Wilhelmshöhe eingetroffen und wird heute vom Kaiser empfangen.

Braunschweig, 13. August. (Abreise des Königs von Siam). Der König von Siam und Prinz Baribatra haben heute vormittag Braunschweig verlassen. Der Herzog-Regent Johann Albrecht begleitete seine Gäste zum Bahnhof, wo er sich in herzlicher Weise von ihnen verabschiedete. Der König begibt sich zunächst nach Köln. Morgen vormittag reist der König nach Paris weiter und nimmt dann in Homburg v. d. H. einen vierwöchigen Kuraufenthalt.

Oesterreich.

West, 13. August. (Minister Apponyi über Lagesfragen der inneren Politik). Unterrichtsminister Graf Apponyi äußerte sich einem Mitarbeiter des "Pester Lloyd" gegenüber über einige Lagesfragen der inneren Politik. Der Ausgleich mit Oesterreich sei noch nicht fertig. Die Unabhängigkeitspartei werde sich zu entscheiden haben, ob sie einen Ausgleich oder den Status quo, und zwar verschlechtert wählen, denn auch im Falle des Nichtzustandekommens des Ausgleichs kann bis 1917 das selbständige Polizeigebiet nicht errichtet werden. Das Verhältnis der Koalitionsparteien untereinander bestimmt Apponyi trotz kleiner Meinungsunterschiede. Die Wahlreform besteht wohl noch nicht im Herbst, jedenfalls aber in der nächsten Tagung des Parlamentes zur Verhandlung gelangen. Besonders strukturiert